

Soziale Arbeit in Studium und Praxis

Jugend- und Familienrecht

Ein Studienbuch

von

Prof. Hans Schleicher, Prof. Dr. Jürgen Winkler, Dieter Küppers

14. Auflage

Jugend- und Familienrecht – Schleicher / Winkler / Küppers

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Ausbildungsliteratur



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65770 2

beck-shop.de

Schleicher
Jugend- und Familienrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Jugend- und Familienrecht

Ein Studienbuch

von

Professor Hans Schleicher, München
Professor Dr. Jürgen Winkler, Freiburg
Rechtsanwalt Dieter Küppers, München

14. Auflage 2014



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65770 2

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Uhl + Massopust, Aalen
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort zur 14. Auflage

40 Jahre nach dem erstmaligen Erscheinen liegt nunmehr die 14. Auflage des Lehrbuchs vor. Die Neuauflage bot wieder einmal die Gelegenheit, sämtliche Kapitel durchzusehen und dabei alle, bis zum 15. Dezember 2013 erfolgten, relevanten Gesetzesänderungen einzuarbeiten. Es handelt sich vor allem um folgende Gesetze:

- Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.3.2011
- Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften vom 23.6.2011
- Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.6.2011
- das Gesetz über die Besetzung der großen Straf- und Jugendkammern in der Hauptverhandlung und zur Änderung weiterer gerichtsverfassungsrechtlicher Vorschriften sowie des Bundesdisziplinargesetzes vom 6.12.2011
- Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG) vom 22.12.2011
- Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) vom 22.12.2011
- Gesetz zur Erweiterung jugendrichterlicher Handlungsmöglichkeiten vom 4.9.2012
- Gesetz zur bundesrechtlichen Umsetzung des Abstandsgebotes im Recht der Sicherungsverwahrung vom 5.12.2012
- Gesetz über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes vom 20.12.2012
- Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 15.2.2013
- Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) vom 15.2.2013
- Gesetz zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme vom 18.2.2013
- Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern vom 16.4.2013
- Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz vom 3.5.2013
- Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften (Personenstandsrechts-Änderungsgesetz – PStRÄndG) vom 7.5.2013
- Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG) vom 26.6.2013
- Gesetz zur Stärkung der Rechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters vom 4.7.2013

Bewährtes wurde beibehalten und weiter ausgebaut – insbesondere die zum Text hinführenden Randspalten, die Querverweise, die Zusammenfassungen und das umfangreiche Stichwortverzeichnis.

Verfasser und Verlag hoffen auf eine weiterhin freundliche Aufnahme des Buches und sind für Anregungen und Kritik nach wie vor dankbar.

München und Freiburg, im Januar 2014

*Hans Schleicher
Jürgen Winkler
Dieter Küppers*

beck-shop.de

Vorwort zur ersten Auflage

In der sozialpädagogischen Arbeit ist die Kenntnis rechtlicher Bestimmungen unerlässlich geworden, da verschiedene Rechtsnormen auf die tägliche Praxis der Sozialpädagogen einwirken.

So stellt sich z. B. permanent die Frage, welche rechtlichen Anforderungen bei der in allen sozialpädagogischen Bereichen bestehenden Aufsichtspflicht erfüllt werden müssen.

Da in sozialpädagogischen Einrichtungen den einzelnen Erziehern Teile der elterlichen Fürsorge übertragen werden, ist es für sie auch von Bedeutung, die rechtliche Ausgestaltung, Übertragungsformen sowie Eingriffsmöglichkeiten in das Elternrecht zu kennen. Hieraus erklärt und ergibt sich nämlich der Rahmen der eigenen Tätigkeit und zugleich die Möglichkeiten der Hilfe für die anvertrauten Minderjährigen.

Bei der Auswahl der Gebiete aus der Gesamtmaterie dessen, was üblicherweise als „Jugend- und Familienrecht“ bezeichnet wird, wurden weitgehend die Lehrpläne der Fachakademien bzw. Fachschulen für Sozialpädagogik berücksichtigt, aber auch die wesentlichen Teile des Lehrstoffes des Jugend- und Familienrechts für die Studenten der Sozialarbeit/Sozialpädagogik an Fachhochschulen behandelt.

Dabei wurden diejenigen Kapitel ausführlicher dargestellt, die entweder in der Praxis die größte Bedeutung haben oder erfahrungsgemäß den Studierenden bei der Erarbeitung die meisten Schwierigkeiten bereiten. Es wurden daher die in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen detailliert angegeben. Zum Verständnis und Nacharbeiten des Stoffes empfiehlt es sich, die zitierte Gesetzesstelle wirklich aufzuschlagen und nachzulesen, denn nur so kann die dem Laien oft fremde Diktion rechtlicher Normen erfasst und verstanden werden.

Das Studienbuch will sich aber nicht nur an die in der Ausbildung Stehenden richten, sondern auch an die bereits in der sozialpädagogischen Praxis Tätigen und ihnen eine Hilfe bei der Bewältigung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben bieten.

München, Juni 1973

Hans Schleicher

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 13. Auflage	V
Vorwort zur ersten Auflage	VI
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der Übersichten und Prüfschemata	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturhinweise	XXVII

Teil 1. Jugendrecht

Kapitel 1. Rechtliche Bedeutung der einzelnen Altersstufen (<i>Schleicher</i>)	1
Kapitel 2. Aufsichtspflicht im privaten und beruflichen Alltag (<i>Schleicher</i>)	5
Kapitel 3. Jugendhilferecht (<i>Winkler</i>)	37
Kapitel 4. Jugendstrafrecht (<i>Küppers</i>)	133

Teil 2. Familienrecht

Kapitel 5. Eherecht (<i>Winkler</i>)	189
Kapitel 6. Ehescheidung (<i>Winkler</i>)	207
Kapitel 7. Verwandtenunterhalt (<i>Winkler</i>)	259
Kapitel 8. Elterliche Sorge (<i>Schleicher</i>)	269
Kapitel 9. Adoptionsrecht (<i>Schleicher</i>)	343
Kapitel 10. Vormundschaft – Pflegschaft – Rechtliche Betreuung (<i>Schleicher</i>)	373
Stichwortverzeichnis	393

§§ ohne nähere Angaben entstammen dem BGB (im Kapitel „Jugendhilferecht“ dem SGB VIII).

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 14. Auflage	V
Vorwort zur ersten Auflage	VI
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der Übersichten und Prüfschemata	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturhinweise	XXVII

Teil 1. Jugendrecht

Kapitel 1. Rechtliche Bedeutung der einzelnen Altersstufen (Schleicher)	1
Kapitel 2. Aufsichtspflicht im privaten und beruflichen Alltag (Schleicher)	5
A. Vorbemerkungen	5
B. Begriff und Entstehen der Aufsichtspflicht	6
I. Gesetzliche Aufsichtspflicht	6
II. Vertragliche Aufsichtspflicht	6
III. Gefälligkeitsaufsicht	7
C. Inhalt und Umfang der Aufsichtspflicht	9
I. Inhalt	9
II. Umfang	10
1. Die Informationspflicht der Erzieher	11
2. Die konkrete Beaufsichtigung	12
3. Delegation der Aufsichtspflicht	13
4. Erfüllung und Grenzen der Aufsichtspflicht	15
D. Die Rechtsfolgen bei Verletzung der Aufsichtspflicht	16
I. Vorbemerkung	16
II. Schadensersatzpflicht	17
1. Allgemeine Grundsätze	17
2. Schädigungen Dritter durch Aufsichtsbedürftige	18
3. Schädigung der Aufsichtsbedürftigen	20
III. Ersatzpflichtige und Haftungsumfang	22
1. Vormund und Pfleger	22
2. Inhaber elterlicher Sorge	22
3. Aufsichtspflichtige in sozialpädagogischen Einrichtungen	23
a) Juristische Personen	23
b) Nichtrechtsfähige Vereine	24
c) Sonstige private Träger	24
4. Sonstige Personengruppen	25
IV. Regressansprüche der Träger sozialpädagogischer Einrichtungen	26
1. Allgemeine Haftpflichtversicherungen	26
2. Gesetzlicher Unfallversicherungsschutz in sozialpädagogischen Einrichtungen	26
a) Unfälle im Sinne des SGB VII	28
b) Einschränkungen des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes	28
c) Vorzüge der gesetzlichen Unfallversicherung	29
3. Verbleibende Regressansprüche	29
V. Arbeits- und dienstrechtliche Folgen	32
VI. Strafrechtliche Folgen	32
1. Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht	32
2. Körperverletzungen infolge Aufsichtspflichtverletzungen	33

Inhaltsverzeichnis

3. Misshandlung von Schutzbefohlenen	53
4. Fahrlässige Tötung	34
5. Die Strafverfolgung	34
VII. Versicherungsschutz	34
Kapitel 3. Jugendhilferecht (Winkler)	37
A. Begriff, Zielsetzungen	37
B. Aufgaben	38
C. Freie und öffentliche Jugendhilfe	39
I. Unterscheidung	39
II. Subsidiaritätsprinzip	41
D. Prinzipien der Jugendhilfe	42
I. Nachrang gegenüber dem Elternrecht	42
II. Freie Entfaltung der Persönlichkeit junger Menschen	42
III. Wunsch- und Wahlrecht	43
IV. Beteiligungsrechte Minderjähriger	44
V. Kinderschutz	46
1. Information und Risikoeinschätzung durch das Jugendamt	47
2. Einbeziehung der freien Träger der Jugendhilfe in den Schutzauftrag	50
3. Folgen eines Verstoßes gegen den Kinderschutz	50
4. Beschwerdemanagement in Einrichtungen	51
VI. Geltungsbereich der öffentlichen Jugendhilfe	51
VII. Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen	55
E. Jugendhilfeleistungen	57
I. Jugendarbeit	57
II. Förderung der Jugendverbände	59
III. Jugendsozialarbeit	60
IV. Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	62
V. Förderung der Erziehung in der Familie	63
1. Allgemeine Förderung	64
2. Partnerschafts-, Trennungs- und Scheidungsberatung	66
3. Beratung und Unterstützung Alleinerziehender und Umgangsberechtigter	68
4. Mutter-/Vater-Kind-Einrichtungen	71
5. Notwendige Betreuung und Versorgung des Kindes in der Familie	73
VI. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege	76
1. Kindertagespflege	78
2. Tageseinrichtungen	80
VII. Hilfe zur Erziehung	81
1. Voraussetzungen für die Gewährung	81
2. Maßnahmen der Hilfe zur Erziehung	82
a) Erziehungsberatung	83
b) Soziale Gruppenarbeit	85
c) Erziehungsbeistand und Betreuungshelfer	85
d) Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	87
e) Sozialpädagogische Familienhilfe	89
f) Erziehung in einer Tagesgruppe	90
g) Vollzeitpflege	91
h) Heimerziehung	95
3. Unterhalt, Krankenhilfe	97
4. Kostenbeteiligung	99
5. Verfahren	100
6. Ende der Hilfe zur Erziehung	102
VIII. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	103
IX. Hilfe für junge Volljährige	105
F. „Andere“ Aufgaben der Jugendhilfe	106
I. Inobhutnahme von Minderjährigen in Notsituationen	106

1. Voraussetzungen der Inobhutnahme	107
2. Inhalt der Inobhutnahme	109
3. Verfahren der Inobhutnahme	112
4. Ende der Inobhutnahme	114
5. Kostenbeteiligung	115
II. Pflegekinderschutz	116
III. Heimaufsicht	117
IV. Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren	118
V. Beistandschaften, Amtspflegschaften, Amtsvormundschaften	120
G. Datenschutz	121
I. Vorbemerkungen	121
II. Anwendungsbereich	123
III. Datenerhebung	124
IV. Datenspeicherung	126
V. Datenverwendung	127
VI. Datenweitergabe/Übermittlungsbefugnis	127
VII. Datenlöschung	131
VIII. Datensperrung	131
IX. Amts- und Dienstgeheimnisse	131
Kapitel 4. Jugendstrafrecht (Küppers)	133
A. Strafrechtliche Verantwortlichkeit	134
I. Strafmündigkeit	134
II. Bedingte Strafmündigkeit	135
III. Volle Strafmündigkeit	135
1. Volljährige	135
2. Heranwachsende	136
3. Besondere Voraussetzungen der Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende (§ 105 JGG)	136
a) Gleichstellung mit Jugendlichen („Reifeverzögerung“)	137
b) „Jugendverfehlung“	138
c) Anwendung des Jugendstrafrechts	138
d) Anwendung des „Erwachsenenstrafrechts“	139
B. Die jugendgerichtlichen Maßnahmen	140
I. Vorläufige Maßnahmen	140
1. Anstaltsunterbringung zur Untersuchung des Entwicklungsstandes (Unterbringung zur Beobachtung)	140
2. Vorläufige Anordnungen über die Erziehung	141
3. Einstweilige Heimunterbringung	141
4. Untersuchungshaft	142
II. Endgültige Maßnahmen	142
1. Erziehungsmaßregeln (§ 9 JGG)	142
a) Weisungen (§ 10 JGG)	143
b) Hilfe zur Erziehung (§ 12 JGG)	145
aa) Erziehungsbeistand/Betreuungshelfer	145
bb) Heimerziehung, betreutes Wohnen	146
2. Zuchtmittel (§§ 13 ff. JGG)	146
a) Verwarnung	147
b) Auflagen	147
c) Jugendarrest	148
aa) Freizeitarrrest	148
bb) Kurzarrest	148
cc) Dauerarrest	148
3. Jugendstrafe (§ 17 JGG)	149
a) Voraussetzungen der Jugendstrafe	149
aa) Schädliche Neigungen	150

bb) Schuldspruch ohne Strafausspruch (= „bedingte Verurteilung“, § 27 JGG)	151
cc) Schwere der Schuld	151
b) Rechtsfolgen der Verhängung der Jugendstrafe	152
aa) Jugendstrafe mit Bewährung	153
bb) Jugendstrafe ohne Bewährung	157
4. Maßregeln der Besserung und Sicherung (7 JGG)	159
a) Psychiatrisches Krankenhaus	159
b) Entziehungsanstalt	160
c) Führungsaufsicht	161
d) Fahrverbot und Entziehung der Fahrerlaubnis	164
aa) Fahrverbot	164
bb) Entziehung der Fahrerlaubnis	164
III. Eintragungen in das Bundeszentral-/Erziehungsregister („Das Vorbestraftsein“)	168
C. Die Jugendgerichte	169
I. Die Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte	169
II. Die Jugendschöffen	170
III. Der Jugendrichter als Einzelrichter	170
IV. Das Jugendschöffengericht	171
V. Die Jugendkammer	172
VI. Das Oberlandesgericht	172
VII. Der Bundesgerichtshof	172
D. Das Jugendstrafverfahren	173
I. Das Vorverfahren	173
1. Persönlichkeitserforschung	173
2. Absehen von der Strafverfolgung („Diversion“)	174
3. Vernehmung der Beschuldigten	175
4. Inhalt der Anklageschrift	175
II. Das Hauptverfahren	176
1. Eröffnung	176
2. Einstellung des Verfahrens	176
3. Strafbefehl und beschleunigtes Verfahren	177
4. Das vereinfachte Jugendverfahren	177
a) Voraussetzungen	177
b) Rechtsfolgen	177
5. Privat- und Nebenklage	178
6. Hauptverhandlung	178
a) Ausschluss der Öffentlichkeit	178
b) Anwesenheit der Angeklagten	179
c) Vereidigung von Zeugen	180
7. Jugendgerichtshilfe	180
a) Aufgaben	180
b) Zuständigkeit	181
c) Durchführung	182
d) Verfahrensrechtliche Stellung	183
E. Rechtsmittelmöglichkeiten	184
I. Anfechtungsberechtigte	184
II. Beschränkte Rechtsmittelmöglichkeiten	184
1. Vorbemerkungen	184
2. Nur eine Rechtsmittelmöglichkeit	185
3. Keine Rechtsmittelmöglichkeit	186
III. Verschlechterungsverbot	186
IV. Vorläufige Teilvollstreckung vor Rechtskraft	187
F. Die Kosten des Jugendstrafverfahrens	188

Kapitel 5. Eheschließung und Ehwirkungen (Winkler)	189
A. Eheschließung	189
I. Voraussetzungen	189
1. Ehemündigkeit	189
2. Verschiedengeschlechtliche Personen	190
3. Nichtvorliegen von Ehehindernissen	191
4. Standesamtliche Trauung	191
II. Ehefähigkeitszeugnis für Ausländerinnen und Ausländer	192
B. Rechtswirkungen der Ehe	193
I. Familienrechtliche Wirkungen	193
1. Lebenszeitprinzip	193
2. Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft	194
3. Namensführung	194
4. Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit	195
5. Gegenseitige Handlungsvollmacht	196
6. Unterhaltspflicht	197
7. Güterstände	200
8. Mithaftung von Ehegatten	202
II. Wirkungen außerhalb des Familienrechts	203
1. Staatsangehörigkeit	203
2. Sozialrechtliche Wirkungen	203
C. Aufhebung der Ehe	204
I. Aufhebungsgründe	204
II. Ausschlussgründe	204
III. Antragsberechtigte	205
IV. Rechtsfolgen einer Eheaufhebung	205
Kapitel 6. Ehescheidung (Winkler)	207
A. Vorbemerkungen	207
B. Das Scheidungsverfahren	207
C. Scheidungsvoraussetzungen	211
I. Das Scheitern der Ehe	211
II. Das Getrenntleben	213
1. Kriterien	213
2. Gerichtliche Durchsetzung des Getrenntlebens	214
3. Versöhnungsversuche	216
4. Rechtsfolgen des Getrenntlebens	217
III. Das Mindest-Trennungsjahr	217
IV. Die Härteklauseln des § 1568	219
1. Die Kinderschutzklausel	219
2. Die Ehegattenschutzklausel	220
D. Scheidungsfolgen	221
I. Ehe- und Familienname	221
II. Elterliche Sorge	222
1. Grundsätzlich gemeinsame Ausübung der elterlichen Sorge	222
2. Alleinzuständigkeit im Rahmen der Alltagsorge und in Eilfällen	223
3. Aufhebung gemeinsamer Sorge grundsätzlich nur auf elterlichen Antrag	224
4. Entscheidungsmöglichkeiten des FamG	225
5. Problematik der gesetzlichen Regelung	227
III. Versorgungsausgleich	229
IV. Unterhaltsansprüche geschiedener Ehegatten	230
1. Gesetzlich anerkannte Unterhaltsberechtigungsgründe	232
a) Unterhalt wegen Kinderbetreuung	233

b) Unterhalt wegen Ausbildung, Fortbildung, Umschulung	235
aa) Ausbildungsunterhalt	235
bb) Fortbildungsunterhalt	236
cc) Umschulungsunterhalt	237
dd) Unterhalt nach Beendigung von Ausbildung, Fortbildung, Umschulung	237
c) Unterhalt wegen Krankheit oder Gebrechen	238
d) Unterhalt aus Altersgründen	239
e) Überbrückungs- und Aufstockungs-Unterhalt	240
aa) Überbrückungs-Unterhalt	240
bb) Aufstockungs-Unterhalt	241
f) Unterhalt aus Billigkeitsgründen	242
2. Grundsatz der Bedürftigkeit	244
a) Maß des Unterhalts	244
b) Keine ausreichenden eigenen Mittel	246
3. Leistungsfähigkeit	247
4. Rangfolgen	248
5. Absenkung und Befristung des Unterhaltsanspruchs bei Unbilligkeit	249
6. Beschränkung oder Ausschluss der Unterhaltspflicht („negative“ Härteklauseln)	251
7. Art der Unterhaltsgewährung	255
8. Unterhaltsvereinbarungen	256
9. Ende der Unterhaltspflicht	257
Kapitel 7. Verwandtenunterhalt (Winkler)	259
A. Voraussetzungen	259
I. Verwandtschaft in gerader Linie	259
II. Bedürftigkeit	260
1. Unterhaltsbedarf	260
2. Einzusetzende Mittel	262
III. Leistungsfähigkeit	262
IV. Beschränkung oder Versagung von Unterhalt	263
V. Unterhaltsvereinbarungen	264
B. Rechtsfolgen	265
I. Art und Weise der Unterhaltsgewährung	265
II. Aufteilung der elterlichen Unterhaltspflicht	266
C. Anspruch auf Auskunft	267
D. Ausfall von Unterhaltszahlungen	267
E. Ende der Unterhaltspflicht	268
Kapitel 8. Elterliche Sorge (Schleicher)	269
A. Wesen und Bedeutung	269
B. Inhalt und Umfang	271
C. Die einzelnen Bereiche der elterlichen Sorge	272
I. Tatsächliches Sorgerecht	272
II. Gesetzliche Vertretung des Kindes	273
III. Die Personensorge	274
1. Die Erziehung des Kindes	275
a) Begriff und Ziele der Erziehung	275
b) Grenzen der elterlichen Erziehung	276
c) Staatliche Unterstützung bei der Erziehung	276
d) Das Recht des Kindes auf Erziehung	277
2. Berücksichtigung der wachsenden Selbstständigkeit des Kindes	279
3. Gesetzliches Verbot von Gewaltanwendung bei der Erziehung	281
4. Ärztliche Behandlungen	284
5. Ausbildungs- und Berufswahl	286
6. Regelung des Umganges der Minderjährigen	288

7. Beaufsichtigung	289
8. Aufenthaltsbestimmung	289
a) Allgemeines	289
b) Unterbringungen mit Freiheitsentzug	289
9. Herausgabeanspruch gegenüber Dritten	292
IV. Die Vermögenssorge	294
D. Ausübung der elterlichen Sorge	295
I. Eigenverantwortlichkeit der Eltern	295
II. Gemeinsame Ausübung	296
III. Uneinigkeit der Eltern	298
IV. Beistandschaften	299
1. Eintritt der Beistandschaft	299
2. Merkmale der Beistandschaft	300
3. Aufgaben des Beistands	302
4. Ende der Beistandschaft	302
E. Elterliche Sorge für nichteheliche Kinder	303
I. Alleinige elterliche Sorge der Mutter als Normalfall	304
II. Gemeinsame elterliche Sorge durch „Sorgeerklärung“ der Eltern	304
1. Anforderungen an die Sorgeerklärung	304
2. Aufklärungspflicht der beurkundenden Stelle	305
3. Nachweismöglichkeiten	305
4. Stärkere Rechtsposition der Mutter	306
5. Aufhebung gemeinsamer elterlicher Sorge nur durch FamG	307
III. Gemeinsame elterliche Sorge durch Heirat der Eltern	308
F. Gesetzliche Beschränkungen der elterlichen Sorge	308
I. Das Ruhen der elterlichen Sorge	308
1. Begriff	308
2. Rechtliche Verhinderungen	309
a) Geschäftsunfähige Elternteile	309
b) Beschränkt geschäftsfähige Elternteile	310
c) Problematik der gesetzlichen Regelung	312
3. Tatsächliche Verhinderungen	313
4. Geistig behinderte, psychisch kranke, drogenabhängige Eltern	315
II. Beschränkungen der gesetzlichen Vertretung	316
1. Genehmigungsbedürftige Rechtshandlungen	316
2. Ausschluss von der gesetzlichen Vertretung	316
3. „Höchstpersönliche“ Rechtshandlungen des Kindes	318
III. Heirat Minderjähriger	319
G. Gerichtliche Beschränkungen der elterlichen Sorge	321
I. Gefährdung des Kindeswohls	321
1. Kinderschutz und Elternrecht	321
2. Voraussetzungen für ein Eingreifen des FamG	322
3. Kinderschutz-rechtliche Maßnahmen des FamG	325
II. Elterliche Sorge nach Scheidung der Eltern	332
H. Umgangs- und Auskunftsrecht	332
I. Begriff und Inhalt	332
II. Kontakte zwischen Eltern und Kindern	333
1. Umgangsvereinbarungen	334
2. Kontroverse Fälle	334
3. Beratung und Unterstützung durch die Jugendhilfe	335
4. Gerichtliche Regelungen	337
5. Begleitete (beschützte) Besuche	338
III. Kontakte des Kindes mit Verwandten und engen Bezugspersonen	340
IV. Sorgerechtsbefugnisse während des Besuchs des Kindes	341
V. Auskunftsrecht	341
I. Ende der elterlichen Sorge	342

Kapitel 9. Adoptionsrecht <i>(Schleicher)</i>	343
A. Vorbemerkungen	343
B. Adoption Minderjähriger	344
I. Rechtliche Voraussetzungen	344
1. Das Adoptivkind	344
a) Das Kindeswohl	344
b) Einwilligung des Kindes	344
2. Die Adoptiveltern	345
a) Ehepaare	345
b) Andere Lebensgemeinschaften	345
c) Allein-Adoption eines Ehegatten	346
d) Einzelpersonen	346
e) Stiefkind-Adoptionen	347
f) Verwandten-Adoptionen	347
3. Die leiblichen Eltern	348
a) Einwilligung der Eltern	348
b) Ersetzung der elterlichen Einwilligung	349
c) Sonderheiten bei „nichtehelichen“ Vätern	350
d) Rechtsfolgen der elterlichen Einwilligung	352
II. Das Adoptionsverfahren	353
1. Die Adoptionsvermittlung	353
a) Grundsätze	353
b) Die Adoptionsvermittlungsstellen	354
c) Die zentralen Adoptionsstellen	355
2. Das gerichtliche Verfahren	357
a) Das Dekret-System	357
b) Zuständigkeit des Familiengerichts	357
c) Örtliche Zuständigkeit	357
d) Das Adoptionsgutachten	358
3. Die Adoptionspflege	359
4. Der Adoptionsbeschluss	360
III. Rechtswirkungen der Adoption	361
1. Die Volladoption	361
a) Grundsatz	361
b) Ausnahmen	361
c) Die Rechtswirkungen im Einzelnen	362
aa) Familienname	362
bb) Vorname	363
cc) Staatsangehörigkeit	363
dd) Elterliche Sorge	363
ee) Unterhalt	363
ff) Erbenstellung	364
2. Sonderheiten	364
a) Verwandten-Adoptionen	364
b) Stiefkind-Adoptionen	365
3. Wahrung des Adoptionsgeheimnisses	365
IV. Aufhebung der Adoption	367
1. Voraussetzungen	367
2. Rechtswirkungen	369
a) Grundsatz	369
b) Elterliche Sorge	370
c) Namensführung	370
C. Adoption Volljähriger	370

Kapitel 10. Vormundschaft – Pflegschaft – Rechtliche Betreuung (Schleider)	373
A. Vorbemerkungen	373
B. Vormundschaft	373
I. Gegenstand und Grundsätze	373
II. In Betracht kommende Fälle	374
III. Auswahl des Vormundes	375
1. Einzelvormundschaft	375
2. Vereins- und Amtsvormundschaft	377
IV. Wirkungskreis des Vormundes	378
V. Beratung und Überwachung des Vormundes	379
1. Beratung und Unterstützung des Vormundes durch das Jugendamt	379
2. Einflussnahmemöglichkeiten des Jugendamtes	380
3. Berichtspflicht des Jugendamtes	381
4. Mitteilungen des Jugendamtes an das Familiengericht	381
5. Fürsorge und Aufsicht des Familiengerichts	381
VI. Befreite Vormundschaft	382
VII. Ende der Vormundschaft	383
C. Pflegschaft	384
I. Gegenstand und Zielsetzung	384
II. Praxisrelevante Pflegschaftsarten	384
III. Pflegschaft für Minderjährige	385
D. Rechtliche Betreuung	386
Stichwortverzeichnis	393